

Calmer Saargblatt

Nr. 137.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 2.—
Wochens Nr. 5.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Freitag, 9.

Freitag, den 16. Juni 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Nr. 60.— vierteljährlich, Postbezugs-
preis Nr. 60.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die am 15. Juni fälligen 50 Millionen Goldmark sind gestern, wie aus Berlin gemeldet wird, an die Reparationskommission aus-
händig geworden.

Im sächsischen Landtag wurde das Polizeigesetz gegen die
Stimmen der Regierungsparteien (Mehrheitssozialisten und Un-
abhängige) abgelehnt; ob daraus eine Regierungskrise entsteht,
oder ob der Landtag aufgelöst wird, ist noch nicht entschieden.

Die Haager Konferenz wurde gestern mit einer Begrüßungs-
rede des holländischen Außenministers eröffnet, der den Zweck der
Konferenz dahin kennzeichnete, daß die Nationen zusammengekom-
men seien, um den Wiederaufbau Rußlands auf einer gemeinsamen
Grundlage zu ermöglichen. Allerdings scheinen Schwierigkeiten
vorhanden zu sein, weil das in Rußland herrschende System den
wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes hindere. Dagegen hat
Tschißcherin, um den Alliierten gleich die Grenzen der russischen
Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, erklärt, Rußland wünsche mit
den anderen Nationen zusammenzuarbeiten, allerdings mit voller
Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit, aber das innere System
müsse aufrecht erhalten bleiben. Was aus der Haager Konferenz
herauskommen wird, darüber heute Erörterungen anzustellen, wäre
müßig. Wir haben in Genua und Genoa gesehen, wie solche
Konferenzen gegebenenfalls gesprengt werden, wenn die Alliierten,
oder einer derselben es für wünschenswert hält. Es wird gehörig
gelämpft werden auf beiden Seiten und das Ergebnis wird davon
abhängen, ob einer oder der andere der Kontrahenten aus politi-
schen oder wirtschaftlichen Gründen eine endgültige Verständigung
wünscht.

Die Vorkonferenz in Haag.

Die Begrüßungsrede des niederländischen Außenministers.

Haag, 15. Juni. (Haager Korrespondenz.) Aus Anlaß der Eröff-
nung der Haager Konferenz begrüßte der niederländische Mini-
ster des Aeußern, van Karnebeek, die Teilnehmer im Namen
der niederländischen Regierung mit einer Ansprache, in der er
das Ziel der Konferenz in Erinnerung brachte. Die nieder-
ländische Regierung habe den Vorschlag angenommen, die in
Genoa nicht zur Entscheidung gelangten Probleme vorzubereiten.
Sie sei der Meinung, daß es sehr vorteilhaft sein könne,
aufs neue zu versuchen, das Problem der Wiederaufrichtung
Rußlands und des Wiederaufbaues des Friedens auf einer ge-
meinsamen Grundlage zu lösen. Die niederländische Regie-
rung habe es als ihre Pflicht betrachtet, ihrer Tradition ge-
treu mit allen Mitteln sich in den Dienst dieser Sache zu stel-
len. Van Karnebeek wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich
aus dem tiefgehenden Unterschied in den Prinzipien und Metho-
den Sowjetrußlands und denen der Verwaltungen der übrigen
Staaten ergeben, und darauf, daß das in Rußland herrschende
System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hin-
dern scheine. Nach der bedeutungsvollen Genueser Konferenz
sei eine neue Periode eingetreten, in der es darauf ankomme,
die grundlegenden Tatsachen zu sammeln und den Versuch zu
machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen
Ueberlegung sei geöffnet. Der Minister schloß seine Rede mit
einem herzlichen Willkommen. — Die Versammlung wählte
darauf van Karnebeek einstimmig zum Vorsitzenden der Vorkon-
ferenz.

Tschitscherin über die Haltung Rußlands.

London, 15. Juni. Tschitscherin erklärte in einer Unter-
redung mit dem Berliner Berichterstatter des „Manchester Guar-
dian“, wenn man mit Unparteilichkeit an das russische Problem
herantrete, so müsse man die Unmöglichkeit der in Genoa vorge-
schlagenen Lösung einsehen. Die Haager Konferenz müsse die
russische Frage gründlich und ohne Haß untersuchen. Rußland
wünsche, mit den übrigen Nationen zusammenzuwirken, halte
jedoch sein neues System im Innern aufrecht. Die russischen
Vertreter gingen nach dem Haag, um zu einem für beide Sei-
ten vorteilhaften Uebereinkommen zu gelangen. Es sei daher
unvereinbar mit dem Erfolg dieser neuen Friedensbemühun-
gen, wenn von Rußland die Zurückziehung des Memorandums
gefordert werde, das seine Grundsätze enthalte. Eine solche
Forderung vorbringen bedeute, von vornherein die neue Kon-
ferenz zum Scheitern zu verurteilen. Kein erster Mann könne
gegenwärtig an die Möglichkeit eines Sturzes der russischen Re-
gierung glauben. Sie werde an der Macht bleiben. Jede Re-
gierung, die die Interessen ihrer Untertanen zu fördern wün-

sche, könne dies nur tun, indem sie zu einer Vereinbarung mit
der heutigen russischen Regierung komme. Das dringendste Ge-
bot der Stunde sei Frieden, allgemeine Eintracht und Wieder-
aufbau. Frieden mit Rußland und Wiederaufbau Rußlands
seien nur ein Teil der Probleme des allgemeinen Friedens und
des Wiederaufbaues. Die Leute, die den Frieden mit Rußland
zum Scheitern brächten, fügten den Interessen der Massen bei
allen Völkern den größten Schaden zu. Das russische Volk werde
sein politisches und soziales System nicht aufgeben. Es hoffe
jedoch, unter voller Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit mit
den anderen Völkern bei dem Werk des Wiederaufbaues mit-
zuhelfen. Wenn der neue Versuch, zu einem Uebereinkommen
zu gelangen, keinen Erfolg habe, so werde die Verantwortung
dafür nicht auf Rußland fallen.

Schöne englische — Worte.

London, 16. Juni. Lord Parmoor erklärte auf der Jahres-
versammlung der Friedensgesellschaft in London, auf der er den Ver-
sich führte, die grundlegenden Fragen, von denen der Frieden in
Europa abhängt, seien die Regelung der deutschen Reparationen und
die Beschaffung von Krediten für Rußland. Solange die deutschen
Reparationen nicht geregelt seien, werde Europa das friedlose Europa
bleiben. Diese Regelung könne nur auf der Grundlage einer vernünftigen
und möglichen Summe erzielt werden. Der deutsch-russische
Vertrag von Rapallo bedeute einen Fortschritt. Er sei nicht ein mili-
tärischer Garantievertrag, sondern ein Vertrag zur Förderung des
Handels zwischen Völkern, die schwer unter den Folgen des Krieges
litten. Der Versailler Vertrag enthalte eine Bestimmung, die vor-
sehe, daß die a. und a. Mächte Rußland das Recht vorbehielten, von
Deutschland nach den Grundbüssen des Versailler Vertrags Wieder-
erstattung und Reparationen zu verlangen. Der Zweck einer solchen
Klausel scheine zu sein, eine Aera der Unruhe zwischen
Deutschland und Rußland zu fördern. Darüber müßten sich alle Frie-
densfreunde freuen, daß diese Bestimmung, die Reibungen und fin-
nanzielle Unsicherheit zur Folge gehabt hätte, durch den Rapallover-
trag beseitigt worden sei.

Lloyd George zur Vorgeschichte des deutsch-russischen Abkommens.

London, 15. Juni. Im Unterhaus richtete William Thorne an
den Premierminister die Anfrage, ob Reichsminister Dr. Rathenau in
Genoa vor der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo 3 Versuche
gemacht habe, eine private Zusammenkunft mit Lloyd George zu
stande zu bringen, und ob eine Zusammenkunft zustande gekommen
sei, bevor Dr. Rathenau und die Russen den Vertrag von Rapallo
unterzeichnet hätten. Lloyd George antwortete, die Genueser Kon-
ferenz sei am 10. April eröffnet und der Vertrag von Rapallo am
16. April unterzeichnet worden, und erklärte sodann wörtlich: Ich
habe Dr. Rathenau in den ersten Tagen der Woche wenige Minuten
gesehen und da ich den Sinn von 2 Mitteilungen, die mir durch Ver-
mittlung eines seiner Privatsekretäre gemacht worden waren, wohl
zu deuten wußte, so sagte ich, ich würde mit Dr. Rathenau und
dem Reichskanzler zusammentreffen, nachdem die erste anstrengende
Periode der Konferenzarbeit vorüber sei. Es wurde auch völlig klar
gemacht, daß keinerlei Fragen, die Deutschlands Interessen berührten,
in Abwesenheit der deutschen Vertreter behandelt werden sollten. Ich
versuchte nunmehr, ein Zusammentreffen mit dem Reichskanzler und
Dr. Rathenau zu stiften zustande zu bringen. Aber die Abwesen-
heit Dr. Rathenaus, der sich in Rapallo befand, verhinderte dies. —
Schirley-Henn fragte, ob der Premierminister eine Information dar-
über erhalten habe, daß das Abkommen vor Genoa zustande gelom-
men sei. Lloyd George antwortete wörtlich: Ich hatte Information-
en, daß beratende Verhandlungen in Berlin geführt worden waren
und daß in Rapallo lediglich das letzte Stadium zum Abschluß ge-
bracht wurde. — Lloyd George hat also von den deutschen Absichten
gewußt. Wenn er behauptet, daß die Alliierten bei den Unterhand-
lungen mit den Russen die deutschen Interessen nicht schädigen wol-
len, so ist das natürlich durchaus glaubhaft, denn Lloyd George ist
— ein ehrenwerter Mann.

Wo bleibt der Völkerbund im Saargebiet? Französische Propaganda durch die Saarregierung.

Wo Peter Christoph.
Ein Vorgang der jüngsten Zeit ist in der deutschen und da-
mit in der ausländischen Öffentlichkeit so gut wie nicht be-
achtet worden, obwohl er von größter Bedeutung ist. Es han-
delt sich um den Ausschluß des kommunistischen Arbeiterführers
Max Watz in Saarbrücken aus der KPD. Aus der Begründung
des Ausschlußbeschlusses durch die Zentrale der KPD. hat man
erfahren, daß Watz größere Geldbeträge von der Saarregierung
empfangen hat, um die Politik der Partei in

dem von der Saarregierung gewünschten Sinne zu beeinflussen.
Man muß die erst kurze Geschichte der „kommunistischen Partei
des Saargebiets“ kennen, um zu wissen, daß es hier nicht bei
einem Versuch geblieben ist, sondern daß die Saarregierung fast
zwei Jahre lang vermöge der ihr zur Verfügung stehenden
Propagandalasse die Politik der sogenannten Kommunisten des
Saargebiets beeinflusst oder richtiger geführt hat. Die Fran-
kenfrage hat allein durch die beeinflussten „Kommunisten“ im
Saargebiet die schwerwiegende Bedeutung erlangt, bis sie sich
zur völligen Erschütterung des saarländischen Wirtschaftslebens
entwickelt hatte. Die Gesetzgebung der Saarregierung hat durch
diese „Kommunisten“ eine Scheinstütze erhalten, die kostspielige
Demonstration der „Kommunisten“ gegen die erste Genfer De-
legation ist einzig und allein der Erfolg der Propagandalasse
der Saarregierung. Erst allmählich ging den Mitkläufern dieser
sogenannten kommunistischen Führer die Erkenntnis auf, daß bei
diesen Herren etwas nicht stimmen kann, da sich ihr bisheriges
ärmliches Leben zu luxuriösem Wohlstand veränderte.

Es ist anerkennenswert, daß die Zentrale der KPD. rick-
haltlos das Ergebnis der Feststellungen über die Person und
die Tätigkeit ihres Pseudo-Anhangers Watz mitteilte, das sach-
lich lautet: Watz stand im Dienste der Saarregierung zur Fran-
zösisierung des Saargebiets.

Nachdem diese Tatsachen feststehen, muß die Frage erhoben
werden: Wo bleibt der Völkerbund? Läßt er es zu, daß die
von ihm ernannte Regierungskommission, zu unparteiischer, treu-
händiger Verwaltung des Saargebiets eingesetzt, mit Hilfe
französischer Propagandagelder einseitige französische Interessen
vertritt und darüber hinaus unter Bruch der Bestimmungen
des Versailler Zwangsvertrages auf die Vorbereitung der An-
nexion des Saargebiets durch Frankreich hinarbeitet?

Im Saargebiet ist man sich über diese vertragswidrige Be-
stätigung der Saarregierung seit langem im klaren; alle Hin-
weise darauf aber haben den Völkerbund bisher nicht veranlaßt,
hier eingzugreifen. Jetzt liegt ein unumstößlicher Beweis dafür
vor, daß die Saarregierung das ihr geschenkte Vertrauen, das
Saargebiet unparteiisch zur Sicherung der Rechte und Wohl-
fahrt der Bevölkerung zu verwalten, das ihr übertragene Amt
aufs gründlichste mißbraucht. Hier muß der Völkerbund eingrei-
fen, will er sich nicht mitschuldig und mitverantwortlich machen
an der Korruption, an dem politischen Betrug der Saarregie-
rung im Saargebiet.

Dieser Fall läßt aber auch weitere Schlüsse zu über die Wege,
die die französische Politik zur Erreichung ihrer imperialisti-
schen Ziele in den verschiedenen interalliierten Kommissionen
usw. geht, über die Mittel, die sie hierbei anwendet.

Deutschland.

Vor der Zerschneidung Oberschlesiens.

Berlin, 15. Juni. Das Räumungsabkommen über Ober-
schlesien wird voraussichtlich heute unterschrieben werden. Die
Franzosen hatten gefordert, die politischen Gefangenen Ober-
schlesiens nach Frankreich zu überführen. In langwierigen Ver-
handlungen ist erreicht worden, daß die politischen Gefangenen
in deutsche Gefängnisse im besetzten Rheinland übergeführt
werden. Die von dem Sondergericht der interalliierten Kom-
mission schwebenden Verfahren sollen vor deutschen Gerichten im
besetzten Rheinland (?) zur Aburteilung gebracht werden. —
Damit man die Beschuldigten unter Ententeaufsicht hat.

Oppeln, 16. Juni. In der 11. Abendstunde sind gestern die
Bestimmungen betreffend die Uebergabe der Deutschland und
Polen zuerkannten Gebietsteile durch die interalliierte Re-
gierungs- und Plebiszitkommission von Oberschlesien auf Grund
des in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags vom 28.
Juni 1919 von der interalliierten Regierungskommission und
den Vertretern Deutschlands und Polens unterzeichnet worden.
Anschließend an diese Unterzeichnung wurde die Grenze rati-
fiziert. Die näheren Bestimmungen werden heute veröffent-
licht werden.

Kattowitz, 16. Juni. Präsident Calonder ist gestern abend
in Kattowitz eingetroffen.

Berlin, 16. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Vo-
lkensboten“ aus Breslau ist zwischen den deutschen und den
polnischen Vertretern der Eisenbahnverwaltung vereinbart
worden, daß die Uebernahme des gesamten Eisenbahnbetriebs
durch den polnischen Beamtenapparat in der Nacht von Sonn-
abend zum Sonntag erfolgt.

Kattowitz, 15. Juni. Nach dem Bericht der Fünferkommis-
sion hat sich die Lage im gesamten ober-schlesischen Industriegebiet
wesentlich gebessert, abgesehen von dem noch immer anhaltenden
Wohnungsterror.

an ihr die geliebte
am Abend die La-
steck werden, wenn
ie Straße am Fluß
men verschwindet.
figen und warten.
„Plauderfündchen“
zum Gruß reichen,
eine Cheroot an-
t.
en an der Straße.
noch die Reihe der
Zeit im Orient?
immer noch aus,
der Kaffeeshente
er Aufwärter weiß
und stellt die Was-
kopf ein wenig an
se in Brand. Be-
ge Rohr den was-
ark, aber er raucht
Zug, und draußen
ot. Beduinen tra-
taze entlang, den
in Wasserverkäufer
geworfen. Die
den Wellen. Die
mann, Calw.
adere, Calw.
Calw.
ni 1922
Ihr
e
en-
al:
alicht
erat.
b Liebenzell.
Waschen
Bügeln
mpfiehlt sich
oh, Kirchstraße 11.
Gesucht
ädchen
en Haushalt in be-
aus bei sehr auter
ng und Behandlung,
e im Kochen er-
leichte Gartenarbei-
kommend. Eintritt
lichtst. Meldungen
an
Otto Brodbeck,
Hohhandlung,
Feldrennach.
haltene, eiserne
er-Bettstelle
ufen.
wischen mittags.
sagt die Geschäfts-
ses Blattes.
1 Blude
10 Jungen
nges, Ernstmühl.
n ins Ausland

Ablehnung des Polizeietats in Sachsen.

Dresden, 15. Juni. Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung den Polizeietat mit dem Regierungsentwurf über die Neuorganisation der staatlichen Polizei mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt.

Berlin, 16. Juni. Wie die Blätter zu der Ablehnung des Polizeietats in Sachsen melden, wird die politische Auswirkung der Abstimmung noch etwas auf sich warten lassen, da erst noch die Abstimmung über den Gesamtetat abgewartet werden muß. Erst dann wird es sich entscheiden, ob die aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende Regierung zurücktritt, oder ob der Landtag seine Auflösung selbst beschließt.

Die Entmilitarisierung der Schutzpolizei.

Berlin, 16. Juni. Auf Grund der seitens der deutschen Regierung der Entente gegebenen Zusicherung, die Polizeiformationen der Länder auf den Stand von 1913 zurückzuführen, hat das preussische Ministerium des Innern in einem Erlaß die Umwandlung der preussischen Schutzpolizei bis zum 1. Oktober d. J. angeordnet. Ueber die Einzelheiten der Umwandlung machen die Blätter folgende Mitteilung: Die bisherigen Hundertschaften werden aufgelöst und zum Teil in Bereitschaften umgewandelt, zum Teil in die Einheitsreviere verteilt. Die Durchführung der Umwandlung liegt den örtlichen Polizeiverwaltungen ob. Die künftige Uniform der Polizeibeamten wird wieder blau sein, jedoch können die vorhandenen grünen Uniformen bis zu einem noch bekannt zu gebenden Termin aufgetragen werden. Hinsichtlich des Dienstes der Polizeibeamten unterlag der Erlaß das Abhalten militärischer Übungen auf das strengste.

Gegen den Ausverkauf des deutschen Hausbesitzes ans Ausland.

Berlin, 15. Juni. Von volksparteilicher Seite ist im preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht worden: In Berlin und anderen großen Städten Deutschlands ist ein großer Teil des in deutschen Händen befindlichen Hausbesitzes von Ausländern aufgekauft worden. Diese Gefahr besteht auch weiterhin. Ist das Staatsministerium bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Gesetzgebung fernerhin den Uebergang deutschen Hausbesitzes an Ausländer nicht fördert?

Die Zuckerfrage.

Berlin, 15. Juni. Wie die Blätter melden, wurde gestern im Reichsernährungsministerium noch einmal in Anwesenheit aller Zuckerinteressenten über die Verteilung der Restbestände an Mundzucker verhandelt. Die noch vorhandenen Bestände ergeben auf den Kopf der Bevölkerung eine verfügbare Menge von rund 300 Gramm. Nach längerer Aussprache wurde lediglich den Marmeladefabriken und dem Wäldergewerbe eine geringe Menge einheimischen Zuckers zugestanden. Die Schokoladen- und Siqueurindustrie, ebenso der größere Teil der Konfektindustrie soll dagegen lediglich Auslandszucker erhalten. Zweck Erlassung des noch vorhandenen Mundzuckers hat die Zuckerwirtschaftsstelle die ihr angeschlossenen Zuckerfabriken für die nächsten Tage nach München zusammenberufen, wo man über die Verteilung der Zuckermengen beraten will. Auf dieser Tagung wird auch über die Aussichten der Zuckerproduktion für das kommende Wirtschaftsjahr und besonders über die Preisgestaltung des einheimischen Zuckers beraten.

Reichstag.

Berlin, 13. Juni. Der Reichstag, der heute nachmittags nach den Pfingstferien seine Sitzungen wieder aufnahm, trat nach Erledigung kleiner Anfragen in die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung, der sich auf Neugliederungswünsche der Länder bezieht, ein. Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) bezeichnete das Gesetz als notwendig, besonders im Hinblick auf Oberschlesien. Abg. Bühringer (D.N.) äußerte Bedenken gegen das Initiativrecht der Regierung, von sich aus Neugliederungen der Länder vorzunehmen. Abg. Dr. Lauscher (Zentr.) will in die Erörterung darüber erst im Ausschuss eintreten. Abg. Dr. Lepp (USP.) begrüßte von seinem Standpunkt aus die Vorlage, ebenso Abg. Koch-Weser (Dem.). Abg. Graf Bernstorff (D.) brachte Sonderwünsche seiner Partei vor, während Abg. von Kardorff (D.) Vorkehrungen gegen einen Mißbrauch des Gesetzes zur Zersplitterung Preußens verlangte. Schließlich wurde die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen. — Es folgte die Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Dazu beantragte der Ausschuss folgende neue Fassung des ersten Paragraphen: Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur selbstlichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Wo dieser Anspruch durch die Familie nicht erfüllt wird, soll, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendhilfe eintreten. Abg. Frau Neuhaus (Zentr.) trat für unveränderte Annahme der Vorlage ein. Abg. Frau Zuchacz (Soz.) begrüßte das Gesetz. Abg. Hensel (D.N.) betonte die Notwendigkeit der Familienziehung und die Sicherstellung der konfessionellen Erziehung. Auch Abg. Leutheuser (D.N.) sieht in der Familie die beste Grundlage der Jugendziehung, hält im übrigen aber das Gesetz für nötig, um die in den verschiedensten Gesetzen zerstreuten Bestimmungen über die Jugendwohlfahrtspflege zusammen. Während dieser Rede brach der Abgeordnete Däumig (USP.) bewußtlos zusammen. Die Sitzung wurde unterbrochen und später die Weiterberatung des Jugendwohlfahrtsgesetzes auf morgen nachmittags 2 Uhr vertagt.

Berlin, 14. Juni. Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen stimmte der Reichstag heute dem Gesetzentwurf, durch den die Geldstrafen in der Reichsversicherungsordnung und der Angestelltenversicherung auf den zehnfachen Betrag erhöht werden, in allen drei Lesungen zu und überwies den Entwurf über die weitere Entlastung der Gerichte, das heißt die Ausdehnung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, dem Rechtsausschuß. Sodann wurde die zweite Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes fortgesetzt. Nach ausgedehnter Debatte wurde schließlich der grundlegende § 1 und dann der Rest des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses angenommen und sofort auch in dritter Beratung. Das Gesetz tritt am 1. April 1924 in Kraft. Zum Schluß überwies das Haus den Gesetzentwurf über die Zulassung

der Frauen zu den Beamten und Beamten der Rechtspflege dem Rechtsausschuß und vertagte sich dann auf Freitag nachmittags 2 Uhr.

Der Geschäftsplan für den Reichstag.

Berlin, 14. Juni. Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat in seiner heutigen Sitzung den Geschäftsplan für die Plenarsitzungen für die nächste Zeit festgesetzt. Am Freitag sollen nunmehr kleinere Vorlagen, Zwangsanleihe und die Anträge aus dem Hause wegen Abänderung des Einkommensteuer- und des Erbschaftsteuergesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die große politische Aussprache wird im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Wiesbadener und der sich daran anschließenden Abkommen erst am Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche stattfinden. Die Lesung des Gesetzes über die Maßnahmen zur Linderung der Not der Presse soll in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden. Es besteht die Hoffnung, daß der Reichstag am 28. Juni seine Arbeiten vor der längeren Sommerpause abschließen kann.

Bevölkerungstatistik der deutschen Großstädte.

Die Lebenskraft der deutschen Großstädte ist in diesem Jahre, wenigstens bis jetzt, weit schlechter als im vorigen. In den ersten 13 Wochen kamen im vorigen Jahre auf 1000 Bewohner und aufs Jahr 22,1 Geburten, in diesem nur noch 19,5. Die Sterblichkeit stieg dagegen von 13,7 auf 16,4; ohne Ortsfremde von 12,6 auf 15,5. Daß die Kälte des vergangenen Winters an dieser Zunahme nicht unbeteiligt ist, zeigt die Zunahme der Todesfälle an Erkältungskrankheiten. Die Sterblichkeit an Influenza stieg von 0,23 auf 1,13, die an Lungenentzündung von 1,30 auf 2,02, die an Tuberkulose von 1,81 auf 1,82, an sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane von 0,64 auf 0,85, an sonstigen Krankheiten von 8,20 auf 9,24. Die Sterblichkeit der Kinder unter 1 Jahr stieg im ganzen von 2,7 auf 2,8. Aus diesen Zahlen geht mit erschreckender Deutlichkeit der zunehmende Zerfall der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse hervor.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. Juni 1922.

Vom Rathaus.

Gestern nachmittags fand eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Frage der Erhöhung des Milchpreises. Trozdem der Vertrag zwischen der Erzeugerorganisation und dem Verband württ. Milchbedarfsgemeinden erst am 30. Juni abläuft, wurden auf Wunsch der Erzeugerorganisation wegen der veränderten Verhältnisse schon am 9. Juni neue Verhandlungen eingeleitet, auf Grund deren eine Vereinbarung zustande kam, daß der Erzeugerpreis auf 5,5 M festgesetzt wurde, wozu noch ein Vertragszuschlag von 50 S kommt. Die Gemeinden haben sich verpflichtet, nicht über diesen Erzeugerpreis von insgesamt 6 M hinauszugehen; auch zwischen Pforzheim, Nagold und Calw wurden entsprechende Vereinbarungen getroffen. Da die sonstigen Kosten, also Beifuhr- und Sammelstellegebühren, wie Generalunkosten auch gestiegen sind, so errechnet sich der Verbraucherpreis für die Stadt auf 7,41 M pro Liter, der auf 7,40 M abgerundet wurde. Bisher betrug der Erzeugerpreis 4 M, der Verbraucherpreis 5 M. Auf Anfrage von G. Scholl, welche Begründung die Erzeuger für den gewaltigen Aufschlag hätten, erwiderte der Vorsitzende, daß die Erhöhung der Futtermittelkosten in erster Linie maßgebend seien. Die G. G. Scholl und Schüle erklärten demgegenüber, daß ja voriges Jahr auch aus dem Bezirk 4 Wochen lang das Heu mit ganzen Eisenbahnzügen aus dem Lande verkauft worden sei, und daß viele Landwirte auf Befragen erklärt hätten, daß sie überrascht seien wegen dieser Erhöhung. Diese erneute Preissteigerung müsse dazu führen, daß man für die Kinder keine Milch mehr kaufen könne, abgesehen davon, daß die alten Leute dahinstehen, weil sie sich angesichts der gewaltigen Preissteigerungen der Lebensmittel nicht mehr genügend ernähren könnten. Dagegen machten die G. G. Scholl, Pfrommer und Knecht Angaben über die hohen Futtermittelpreise; ein Zentner Kleie, der früher 5-6 M gekostet habe, koste jetzt 460 M, ein Zentner Mais 1300 M. Auch die sonstigen bäuerlichen Gebrauchsartikel seien gewaltig gestiegen. In Vergleich gezogen wurden auch die Bierpreise und dem gegenüber der hohe Nährwert der Milch betont. Da es sich um die Anerkennung fertiger Abmachungen handelte, so wurde die Milchpreiserhöhung genehmigt. — Der Besitzer des Gasthofs zum „Waldhorn“, Herr Ziegler, sucht um Ueberlassung des allen künstlerisch wertvollen Schildes der ehemaligen Wirtschaft zur „Kanne“ nach, das er nach entsprechender Aenderung an seinem Gasthof anbringen möchte. Das Schild soll um den Preis von 8000 M abgetreten werden. Aus der Mitte des Kollegiums wurde bei dieser Gelegenheit auch auf die Renovierung des Gasthofes hingewiesen, die nach unbeteiligtem sachmännlichem Urteile sehr geschmackvoll durchgeführt worden sei, jedoch der Bau als Zierde der Stadt betrachtet werden müsse. — Das Gesuch des Rammfabrikanten Gassenmayer in Hirsau um Legung der Gasleitung nach seinem Anwesen (beim Fußballspielplatz) wurde genehmigt. Die Einlegung der vorhandenen Gasröhren geschieht aus Anlaß des Anschlusses der Wasserleitung. — Der aus Anlaß des Gastspiels der Schwäbischen Volksbühne entstandene Abmangel von 442 M wurde vertragsgemäß auf die Stadtkasse übernommen. Ueber ein Gastspiel im nächsten Monat schweben noch Verhandlungen, da anscheinend eine Schauspieltruppe den „Waldischen Hof“ auf 6 Wochen zu Gastspielzwecken mieten will. — Entsprechend den Lohnerhöhungen bei den staatlichen Wald- und Forstarbeitern werden ab 1. Juni auch die Löhne der städtischen Waldarbeiter erhöht; ein Arbeiter über 20 J. erhält 15,50 M pro St. — Der Staatsbeitrag für die Gewerbeschule für das Jahr 1922 beträgt 2252 M. — Zweck Einrichtung von Kleinforschungs-

stätten im Lande wünscht das Städtische Landesamt die Unterstützung der Gemeinden, da die erworbenen Erfahrungen dazu benötigt werden sollen, um den württembergischen Erholungsstätten eine größere Zugkraft zu gewinnen. Das Kollegium erklärte sich einverstanden, die Einrichtung zu unterstützen, wenn die Kosten nicht zu hoch sind.

Haus- und Grundbesitzerverein Calw.

(Schluß des Versammlungsberichts.)

* Der 2. Vorsitzende, Kaufmann Reichert, referierte sodann auch über die Frage der Anpassung der hiesigen Verhältnisse an das Reichsmietengesetz. Da noch keine württembergischen Ausführungsbestimmungen erschienen seien, so könne entweder das Vertragsverhältnis bestehen bleiben, oder es trete das Reichsmietengesetz in Kraft. Nach § 1 des Reichsmietengesetzes könne jeder Mieter sagen, er stelle sich auf den Boden des Reichsmietengesetzes. Da an jedem Platz die Verhältnisse anders seien, so könne man auch keine Rücksprache anderswo nehmen. Der Ausschuss sei zu der Ansicht gekommen, daß es nicht wünschenswert und nicht im Interesse der Mitglieder sei, wenn sie von sich aus sich auf den Standpunkt des Reichsmietengesetzes stellen würden. Bei einem erneuten Aufschlag würde der Mieter vielleicht eine Entschädigung des Mieteneingangs beantragen und sich dabei auf die Grundzüge des Reichsmietengesetzes beziehen. Schlimmsten Falls könnten dann die Zahlungen als Abschlagszahlungen angerechnet werden. Es solle von jedem Mieter schriftlich verlangt werden, daß er an den Steuern, Abgaben und an der Brandversicherung seinen Anteil bezahle. Seither seien diese Beträge in der Miete enthalten gewesen, sie müßten jetzt aber aus der Mietzinssumme rausgenommen werden, denn es sei zu gewärtigen, daß Grund- und Gebäudesteuern gewaltig gesteigert werden. Die Erhöhung der Miete sei unbedingt notwendig, weil in den nächsten Jahren viel Reparaturen notwendig seien, und die Preise auf allen Gebieten gewaltig in die Höhe gegangen seien. Es sei hier kein Haus mehr, das sich rentiere. Ein Baustein koste heute 1,70 M, früher hätten 1000 Stück ein großes 25 M gekostet. Die Baustoffe seien um das 60 bis 80fache im Preise gestiegen. Der Ausschuss schlage deshalb vor, von 1. Oktober ab einen neuen Aufschlag eintreten zu lassen, und zwar so, daß die Miete dann mindestens das Doppelte der Friedensmiete betrage, neben der Beteiligung an der Vollumlage. Natürlich solle der Bogen nicht überspannt werden. Für Mieter, die um ihr tägliches Brot ringen müssen, sollen diese Grundzüge nicht gelten, aber wo die Entlohnung entsprechend sei, da solle auch entsprechend aufgeschlagen werden. Handelschuldbreiter Zügel gab zweifels Erörterung des Begriffs Vollumlage ein praktisches Beispiel. Wenn ein Hausbesitzer 3 Wohnungen habe, von denen er eine zum Anschlag von 1200 M selbst bewohne, eine zweite um 800 M, eine dritte um 400 M vermiete, so betrage bei einer Gesamtmietpreiskalkulation von 2400 M der Brandschaden etwa 200 M, die Grund- und Gebäudesteuer 400 M, sodas als Vollumlage 600 M auf drei Wohnungen kommen. Davon entfalle prozentual berechnet auf die eigene Wohnung ein Anteil von 300 M, auf die zweite Wohnung ein solcher von 200 M, auf die dritte Wohnung ein Anteil von 100 M. Der Ausschuss schlägt nun vor, die Nettomiete, also ohne Vollumlage und ohne die Nebenausgaben für Kaminreinigung, Wasserzins, Aborteentleerung und Müllabfuhrkosten von 1. Oktober ab mindestens um das dreifache des Friedensmietpreises zu erhöhen. Nach längerer Erörterung eines entsprechenden Antrags aus der Mitte der Versammlung wurde weiterhin beschlossen, wenn der Mieter Wohnräume weiter vermietet, für jedes Zimmer mindestens einen Aufschlag von 120 M im Jahre zu verlangen. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden. Nach Erledigung der Tagesordnung fand noch eine rege Aussprache über verschiedene Interessengegenstände statt.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1.—15. Juni wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 3 Ochsen, 4 Rinder, 4 Ferkel, 2 Kühe, 37 Kälber, 35 Schweine und 5 Schafe.

Geringe Zugkraft der Feriensonderzüge.

Dieser Tage sollte ein Sonderzug von Stuttgart nach Berlin zu verbilligten Fahrpreisen ausgeführt werden. Wegen zu geringer Beteiligung mußte er ausfallen. Das Gleiche wird nun auch von Berlin gemeldet, wo die Sonderzüge nach Stuttgart und Karlsruhe nicht ausgeführt werden konnten, wohl aber dagegen nach München. Das ist ein Zeichen dafür, daß selbst die ermäßigten Preise für Sonderzüge zu weiter gesteckten Zielen nicht aufgebracht werden können. Aber nicht nur die Tarife der Bahnen, vor allem die Kosten der Lebensmittel und die Uebernachtungsgebühren der Gasthäuser sind nicht mehr zu erschwingen. Aus Bayern werden Klagen laut, daß die Pensionsspiele in Oberammergau und die Deutsche Gewerbeschau in München den erwarteten guten Besuch nicht aufweisen und daß vor allem die zahlkräftigen Fremden fehlen. Das macht, daß man den Bogen auf allen Gebieten überspannt.

Das neue Metallgeld.

Das neue Metallgeld wird, wie bereits kurz berichtet, erstmalig Anfang Juli zur Ausgabe gelangen. Die Münzen prägen zurzeit größere Mengen der neuen 1, 2 und 5 Markstücke aus Aluminium und Kupfer aus. Daburich wird das von den Gemeinden herausgegebene Notgeld überflüssig. Ein dem Reichstag demnächst zugehender Entwurf bestimmt, daß alle Notgeldausgaben ohne Ausnahme vom 30. Juni an ungültig und von diesem Tage ab einzulösen sind. Das Notgeld muß binnen 6 Monaten vom Besitzer eingereicht werden, andernfalls hat der Aussteller keine Einlösungspflicht mehr. Die Ausgabe von Notgeld für die Zukunft wird verboten, nur in ganz besonderen Fällen sind Ausnahmen zulässig. — Von einem Mangel an Kleingeld kann jetzt nicht mehr gesprochen werden; auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 110 Groschen in 5, 10 und 50 Pfennigstücken und die kleinen Papierheine bis 5 Mark sind in Millioneneemplaren im Umlauf. Nach der Ausgabe des neuen Metallgeldes werden die entsprechenden Papierheine nicht mehr gedruckt werden.

Man ja Montag, d fern zahlre Aussprache auf veränd lung sämt lichen Sch langem zu der ehrlich ziet üblich Rechnung se Haltung se Hilfskrei Worttrigs lich den nicht mehr es da und dem noch n wollen, die aber öffen den Will ligsten bed gereinigter rüd. Die mehr als Stuttigarte der Preise rungen de dern daß i wärtsbeme Mühlensbet wenn festg mehr festg ist es unne neue Erf maßlöhne Inzerat er Sie verfle der Verfan schaft von Nachlohn Mutmaß Der H Am Sams zu erwart

Sirau, den Kurfre licht viel schlossen. von der pflogenheit fer musikal liche Verbi n e m e n t s trittspreis 14 Fahrer auf nur 60 ohne Wkon Kinder 2 von nur 4 noch bedeut gegenwärti weitgehender Anpf für die Be mentlich au günstige G freundnach

62)

Hier v nachdem p Unterredus sien Winte den dort g Jahren — hatte die aus — na

Ms fl längt ein

Der U Abchied b gleiten, ga sie insolge die ganze sehr nahe. alten Dan Zorne war

In ein Wahlendor Ausflüchte len, und le Der Gewa blühten un Mann in l odung, un verpflichtet Nach D

Landesamt die An-
men Erfahrungen
bergischen Erho-
nen. Das Kol-
chtung zu unter-
n Calw.

ferierte sodann
Verhältnisse an das
Ausführungs-
das Vertragsver-
schmietengesetz in
jeder Mieter sagen,
bes. Da an jedem
auch keine Rück-
ber Ansicht gelom-
Interesse der Mit-
Standpunkt des
erneuten Aufschlag
Mietminderungsamt
des Reichsmietm-
die Zahlungen
s solle von jedem
Steuern, Abgaben
able. Seither seien
mühten jetzt aber
denn es sei zu ge-
llig gesteigert wer-
wendig, weil in den
en, und die Preise
seien. Es sei hier
Koste heute 1,70 M.
Die Baustoffe seien
n Ausschuf schlage
schlag eintreten zu
aus das Fläche der
den der Vollumlage.
den. Für Mieter,
se Grundstücke nicht
da solle auch ent-
ktor Zügel gab
praktisches Beispiel.
denen er eine zum
um 800 M., eine
Gesamtmietpreis-
100 M., die Grund-
e 600 M. auf drei
berechnet auf die
zweite Wohnung
ein Anteil von
tto miete, also
Kaminreinigung,
von 1. Oktober
preises zu erhöhen.
Antrags aus der
en, wenn der Mie-
r mindestens einen
er Versammlung er-
schiedigung der
über verschiedene

15.
hiesigen Schlacht-
ren, 2 Kühe, 37

nderzüge.
ari nach Berlin zu
en zu geringer Be-
in auch von Berlin
d Karlsruhe nicht
ch München. Das
Breite für Sonder-
t werden können.
em die Kosten der
stäufer sind nicht
gen laut, daß die
Gewerbeschau in
eisen und daß vor
cht, daß man den

urz berichtet, erst-
Die Münzen prä-
und 5 Markstücke
wird das von den
luffig. Ein dem
nimmt, daß alle
me vom 30.
Tage ab etw-
6 Monaten vom
er Aussteller keine
otgeld für die Zu-
fällen sind Aus-
teingeld kann jetzt
der Bevölkerung
nigflücken und die
llionenexemplaren
talgeldes werden
drudt werden.

Müllerversammlung.

Man schreibt uns: Der württ. Hohenz. Müllerbund hielt am Montag, den 12. ds. Mts. in Stuttgart eine aus 12 Oberämtern zahlreich besuchte Versammlung, um in ernster beruflicher Aussprache Stellung zu nehmen zu den durch die von Grund auf veränderten Verhältnisse hervorgerufenen enormen Verteuerung sämtlicher Mühlenbetriebs- und Bedarfsartikel entstandenen Schwierigkeiten, mit denen das Müllergewerbe schon seit langem zu kämpfen hat. Es kam einmütig zum Ausdruck, daß der ehrlich und gewissenhaft arbeitende Müller bei den zurzeit üblichen Mählöhnen schon längst nicht mehr auf seine Rechnung kommt, zumal wenn er gezwungen ist, zur Aufrechterhaltung seines Betriebes die teure elektrische oder andere Hilfskraft zu verwenden. Wenn man die Mählöhne der Vorkriegszeit den jetzigen gegenüberstellt, so wird jeder rechtlich denkende Interessent davon überzeugt sein, daß letztere nicht mehr länger aufrecht erhalten werden können. Wohl gibt es da und dort noch sogenannte Billigmüller, die vielfach zudem noch mit dem Bettelwagen fahren und die Glauben machen wollen, die Kundschaft billiger bedienen zu können. Es muß aber öffentlich ausgesprochen werden, daß die Kundschaft bei den Müllern, die wirklich ehrlich arbeiten, am besten und billigsten bedient wird. Hier erhält der Kunde von der mühlen-gereinigten Frucht 96 Prozent wieder als Mehl und Kleie zurück. Die badiſchen und bayerischen Müller haben schon vor mehr als Monatsfrist die Mählöhne wesentlich erhöht. Die Stuttgarter Müllerversammlung ließ sich bei der Normierung der Preise von dem Gesichtspunkt leiten, daß weitere Verteuerungen der Betriebsmaterialien nicht nur nicht erfolgen, sondern daß in absehbarer Zeit ein gewisser Stillstand in der Aufwärtsbewegung und hernach ein Preisrückgang der wichtigsten Mühlenbedarfsartikel und -Einrichtungen erfolgen werde. Nur wenn letzterer Umstand zur Tatsache wird, können die nunmehr festgelegten Mählöhne längere Zeit bestehen, andernfalls ist es unumgänglich notwendig, schon in kürzerer Frist eine erneute Erhöhung der Mählöhne vorzunehmen. Die Mindestmählöhne, die aus dem in der gestrigen Ausgabe erschienenen Inserat ersichtlich sind, treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Sie versprechen sich bei Anlieferung des Getreides und Abholung des Mehles an bzw. aus der Mühle seitens des Kunden. In der Versammlung kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Kundschaft von der Notwendigkeit der verhältnismäßig geringen Mählöhnerhöhung überzeugt ist.

Mutmaßliches Wetter für Samstag und Sonntag.
Der Hochdruck macht in Süddeutschland weitere Fortschritte. Am Samstag und Sonntag ist trockenes und wärmeres Wetter zu erwarten.

Sirhan, 15. Juni. Man schreibt uns: Auch hier rüſtet man sich, den Kurftenden wie sonstigen Gästen in bevorstehender Saison möglichst viel zu bieten, und so hat denn der hiesige Kurausſchuß beschlossen, durch eine Reihe von Konzerten, die hauptsächlich von der Calwer Stadtkapelle ausgeführt werden sollen, sich den Gespögenheiten anderer Kurorte anzuschließen. Um den Freunden dieser musikalischen Genüsse entgegenzukommen, wird man eine erhebliche Verbilligung eintreten lassen, durch Einführung einer Abonnementsgelegenheit. Im Abonnement soll sich der Eintrittspreis für ganze Familien einschließlich der Kinder unter 14 Jahren für die ganze Serie von etwa 15 Aufführungen auf nur 60 M. für einzelne Personen auf 50 M. ermäßigen, während ohne Abonnement der einmalige Besuch für Erwachsene 4 M., für Kinder 2 M. betragen würde; somit Ersparnis bei einer Familie von nur 4 Personen im Abonnement 120 M., bei größerer Familie noch bedeutender, bei Einzelpersonen entsprechend. An Unbetracht der gegenwärtig hochgeschraubten Kosten aller Veranstaltungen gewiß ein weitgehendes Entgegenkommen! Man war bemüht, die Anlagen, deren Anpflanzungen zu imponanter Größe heranwachsen, in schönen für die Besucher einladenden Stand zu setzen, und möchten wir namentlich auch die Einwohner von Calw unter Hinweisung auf diese günstige Gelegenheit zur Erholung und gemüthlicher Erhebung in freundschaftlicher Weise einladen.

Auf schiefer Ebene.

62) Roman von Johannes van Dewall.
Hier vorgehend berichten wir, daß Durchlaucht in der Art, nachdem sie mit Wahlendorf noch einmal vorher eine lange Unterredung gehabt hatte, nach Mentone reiste und erst im nächsten Winter wieder bei Hofe erschien. Was zwischen jenen beiden dort gesprochen wurde, hat nie ein anderer Sterblicher erfahren — gewiß ist nur, sie gab ihn frei . . . sie verzichtete. Sie hatte die Kraft zu diesem Entschlusse gefunden und führte ihn aus — nachher aber brach sie zusammen.
Als sie wiederkehrte, waren Wahlendorf und die Marquesa längst ein Paar.
Der Umstand, daß das eine ihrer Ehrenräulein um ihren Abschied bat, um dann in gleicher Eigenschaft ihre Nichte zu begleiten, gab Hofheit allerhand Stoff zum Nachdenken, und wenn sie insolge ihrer hierauf basierenden Untersuchungen auch nicht die ganze Wahrheit erfuhr, so kam sie doch derselben jedenfalls sehr nahe. Kein Wunder, daß Gräfin Marika deshalb bei der alten Dame in keinem besonderen Andenken stand. Ihrem Borne war sie glücklicherweise entrückt.
In einer eigentümlichen und sehr peinlichen Lage befand sich Wahlendorf. Niemand hatte es ihm früher verdacht, wenn er Ausflüchte suchte, um sich nicht mit Prinzess Aurelie zu vermählen, und keiner zweifelte daran, daß es solche gewesen waren. — Der Gemahl zur linken Hand einer dreihundreißigjährigen verblühten und überschwenglichen Durchlaucht — das war für einen Mann in der Position Wahlendorfs eben keine zu große Verleumdung, umso mehr, als er den Hof sich durch sein Sträuben nur verpflichtet.

Nach Durchlauchts Abreise aber begegnete man ihm plötzlich

Wittberg, 16. Juni. Nachdem seit der ersten Stadtvo-
landswahl nun beinahe dreiviertel Jahre verstrichen sind, hat heute der am 15. Mai in sein Amt eingefetzte neue Stadtvo-
stand hier seinen Einzug gehalten, von einer Abordnung des Gemeinderats und den Schulkindern am Bahnhof feierlich empfangen. Infolge Neuinstandsetzung der Dienstwohnung im Rathaus konnte der Aufzug nicht früher erfolgen. Das Amt hat seit Erledigung der Stelle der in dem Ruhestand getretene frühere Stadtvo-
stand in dankenswerter Weise weitergeführt, so daß der Gemeinde die Aufstellung eines besonderen Amtsverweisers erspart blieb. Kommen Sonntag soll im Gasthof zum „Schwarzwald“ eine allgemeine Abschiedsfeier für den zurückgetretenen und eine Empfangsfeier für den neuen Stadtvo-
stand stattfinden.

(SGB) Freudenstadt, 15. Juni. Auf ein Bittgesuch des Gemeinderats an das Finanzministerium wegen eines Beitrags zu den Kosten eines Volksschulneubaus teilte letzteres mit, daß für 1922 7 Millionen Mark staatlicher Zuschuß vorgesehen seien unter der Voraussetzung, daß die Stadt künftig die gesamte Baukosten des Staates an der Volksschule übernimmt. — Der Errichtung einer 7. Klasse an der Realschule stimmte der Gemeinderat zu, ebenso der Abhaltung des Kinderfests nur in jedem zweiten Jahr. Ferner wurde der Gaspreis auf 5,20 M für das Kubikmeter erhöht.

(SGB) Rottensburg, 15. Juni. Vermitt. Die 34 Jahre alte Arbeitslehrerin Marie Kuttler von Kellingsheim wird seit dem 6. Juni vermisst. Sie hat sich an diesem Tage von ihrem elterlichen Hause entfernt.

(SGB) Stuttgart, 15. Juni. Seit 12. Juni 1922 ist nach Veruntreuung von etwa 600 000 M zum Nachteil der Eisenbahnverwaltung aus Stuttgart flüchtig der Eisenbahnsekretär Karl Reif, geb. 22. 5. 1892 in Stuttgart, bisher wohnhaft in Zuffenhausen. Fluchttrichtung ist unbekannt. Reif ist etwa 1,68 Meter groß, sehr schlank und bartlos, hat mageres, bleiches Gesicht, kurzgeschneitene Kopfschare mit Stirn-
glase. Man fahndet nach ihm.

(SGB) Gaildorf, 15. Juni. Die Unglückliche, die sich in Fichtenberg vom Zug hat überfahren lassen, ist nunmehr als die 22jährige Sophie Wahl von Winnenden festgestellt und von den Verwandten erkannt worden. Sie hat sich schon am letzten Freitag von zu Hause entfernt und scheint im Zustand geistiger Umnachtung oder Schwermut gehandelt zu haben.

(SGB) Heilbronn, 15. Juni. Heilbronner Zeitungen schreiben: Die in der Stadt umlaufenden Gerüchte über Goldfunde sind zu schön, um wahr zu sein. Ein neuer Hausbesitzer der Gerberstraße kam schweißtriefend in eine Wirtschaft, und nach dem Grund seines erhitzten Zustandes befragt, gab er an, das komme von der Hebung eines Goldschates von 30 000 M, den er beim Umbau seines Hauses gemacht habe. Nachdem sich schon auch die Beförden für den Goldschatz des Spagpogels interessiert hatten, begann dieser einzusehen, daß man in heutiger Zeit mit erfundenen Goldfunden nicht spaßen darf.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt heute 311 M., der Schweizer Franc an 59,25.

Herabsetzung des Diskonts der Bank von England.

London, 15. Juni. Die Bank von England hat den Diskont von 4 Prozent auf 3,5 Prozent herabgesetzt.

Beförderung der Landwirtschaft mit Düngemitteln.

Von zutändiger Seite wird mitgeteilt: Unter Beteiligung des Reichsverkehrsministeriums, der Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften und der Düngemittelindustrie fand kürzlich im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Beförderung eines Verkehrsprogramms statt, welches die Beförderung der Landwirtschaft mit Düngemitteln und der Bedarfsgebiete mit den wichtigsten Lebensmitteln, insbesondere mit Kartoffeln und Brotgetreide, sicher stellen soll. In dieser wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß der Plan, vom September ab Kartoffeln in ausreichender Menge an

mit einiger Kälte, auch daß Prinzess Friederike ihn jetzt noch mehr und sichtlich protegierte wie früher, machte seine Lage nicht eben angenehmer, denn gegen die alte Dame herrschte damals ein hoher Grad von Gereiztheit. Seine größte Feindin war aber doch Frau von Bodmar, welche es übernommen zu haben schien, ihre trauke Freundin an ihren Feinden zu rächen. Infolge dessen war Wahlendorf, dessen gutes Herz nebenbei nicht unberührt geblieben war von den Leiden und der Abreise der Prinzessin, der aber schon zu tief in der Sennorita Banden lag, um dieselben abstreifen zu können, in einer keineswegs beneidenswerten Lage.

Hofheit, welche dieses bemerkte, betrieb ihren Plan, der Sache ein Ende zu machen, nur um so eifriger, und in der Tat, der Augenblick konnte zum wenigsten, was Wahlendorf anging, nicht günstiger gewählt sein, denn dieser empfand den lebhaftesten Drang, so schnell wie möglich aus seiner peinlichen Stellung herauszukommen, und war verliebt in die Marquesa wie je, trotzdem dieselbe ihn wie alle Welt mit einiger Kühle behandelte.

Schon am nächsten Empfangsabende konnte man in den Gemächern der Prinzess den Marques und seine Tochter bemerken, und bald verging keine Woche, wo nicht jene vornehmen Fremden wenigstens einmal im neuen Palais zum Tee besohlen waren. Sie gehörten bald, ob mit, ob gegen ihren Willen, dort zu den Intimen, und namentlich die schöne Sennorita sahen Hofheit ganz unter ihre Protektion genommen zu haben. Man wollte übrigens bemerken, daß die Mienen des alten Herrn seitdem etwas nachdenklicher geworden waren, und die junge Dame, anstatt beglückt zu erscheinen über so viele Huld, bisweilen kaum vermocht werden konnte, die nötige Hochachtung zu beobachten gegen Hofheit.

Der ganze Hof und die halbe Stadt bemächtigte sich alsbald

die Verbraucherschaft, vor allem in den bevölkerungsreichen Reichs-
teilen zu bringen, nur dann durchgeführt werden kann, wenn eine
Entlastung der Eisenbahn auf anderen Gebieten stattfindet, wenn ins-
besondere ein erheblicher Teil der Düngemittel bis zum September
von den Werken zu den Verbrauchern abgefördert worden ist. Zur
Unterstützung dieses Vorhabens hat das Reichsverkehrsministerium
einen Saisontarif für Düngesalze (Kali) mit Gültigkeit vom 16. Mai
1922 bis 30. April 1923 geschaffen, welcher eine Ermäßigung von
30 v. H. für die Monate Mai—Juli, von 20 v. H. für die Monate
März—April und August und Dezember, von 15 v. H. für die Mo-
nate September—November und Januar—Februar vorseht. Zum
weiteren Anreiz für die Verbraucher beschloß das Reichsministerium
Bezug im Sommer einen Preisnachlaß zu gewähren. Wünschens-
wert wäre es, wenn die Bezieger von stickstoff- und phosphorsäure-
haltigen Düngemitteln sich ebenfalls zum Kauf während des Som-
mers in erheblichem Umfang als bisher entschließen würden, zumal
vom 15. September ab eine Erhöhung der Gütertarife für diese
Düngemittel stattfinden wird. Da vom Juli ab bereits die Getreide-
beförderung einsetzt, müssen Düngemittel unverzüglich auf die Bahn
gebracht werden. Alle am Düngemittelverkehr beteiligten Kreise
müssen damit rechnen, daß bei dem im September beginnenden Kar-
toffel-Versand Düngemittel möglicherweise überhaupt nicht mehr be-
fördert werden können. Auch wird in diesem Wirtschaftsjahr vor-
aussichtlich eine Beschränkung des Düngemittelverkehrs von Mitte
September bis Ende November in größerem Umfang als im Vor-
jahr angeordnet werden, falls dieser den Kartoffelversand erheblich
fördern sollte. Mit der Wiederaufnahme der Düngemittel-Beförderung
könnte dann erst nach Eintritt des Frosts, insbesondere vom Januar
ab, gerechnet werden.

Märkte.

(SGB) Stuttgart, 15. Juni. Dem Donnerstagmarkt
am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 80 Ochsen, 25
Bullen, 300 Jungbullen, 254 Jungrinder, 276 Kühe, 338 Kälber,
1331 Schweine, 62 Schafe, 3 Ziegen, die alle verkauft wurden. Er-
löst wurde aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. Qual. 2700
bis 2900, 2. Qual. 2000—2500; Bullen 1. Qual. 2500—2700, 2.
Qual. 1900—2200; Jungrinder 1. Qual. 2700—2950, 2. Qual.
2300—2500, 3. Qual. 1900—2200; Kühe 1. Qual. 1900—2250,
2. Qual. 1400—1600, 3. Qual. 800—1200; Kälber 1. Qual. 3200
bis 3400, 2. Qual. 2900—3100, 3. Qual. 2650—2750; Schweine
1. Qual. 4300—4400, 2. Qual. 4000—4200, 3. Qual. 3750—3850 M.
Verlauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, Kälber mäßig befest,
Schweine lebhaft.

Die veltlichen Kleinhandelspreise hiesigen selbstverändlich nicht an den Preisen- und
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrs-
kosten in Zuschlag kommen. D. Schrifstl.

Kirchliche Nachrichten. Evangelischer Gottesdienst.

1. Sonntag nach Trin., 18. Juni 1922. Vom Turm: Nr. 17.
8 Uhr: Frühpredigt: Stadtpfarrverweser Josef Hans. 9 1/2
Uhr: Hauptgottesdienst; Predigt Nr. 16: „Geht hin in
gläubigen Gedanken“. Stadtpfarrverweser Josef Hans. Das
Opfer ist für die hiesige Kleinkinderschule bestimmt. 10 1/2 Uhr:
Sonntagsschule. 1 Uhr: Christenlehre: Söhne jüngere Abtei-
lung. Donnerstag, 22. Juni 1922: 8 Uhr: Bibelstunde, Defan
Zeller.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 18. Juni: 8 Uhr: Frühmesse, 10 1/2 Uhr: Pre-
digt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr: Nachdacht.
Montag, 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.
Montag, Dienstag, Mittwoch je 8 Uhr: Abendandacht.
Gottesdienste der Methodistengemeinde.
Sonntag, den 18. Juni. Vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt, Raichle;
11 Uhr: Sonntagsschule, abends 8 Uhr: Predigt, Raichle.
Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.
Stammheim: Vorm. 10 1/2 Uhr: Gottesdienst, nachm. 1/2
Uhr: Predigt, Raichle. Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Dellſchlager'schen Buchdruckerei, Calw.

dieser großen Neuigkeit und beutete sie aus, ein Jeder nach sei-
ner Weise.

Baron von Runkelstein kam seitdem etwas weniger häufig
als Gast in das Haus des Marques, und die Frau Oberjäger-
meisterin machte ein sehr schadenfrohes Gesicht, ohne übrigens
ein Wort zu sagen, ganz gegen ihre sonstige Art und Weise.

Der Marques und seine Tochter gewannen an allgemeinem
Interesse, aber auch an Neidern fehlte es ihnen nicht, die Span-
nung wuchs von Tag zu Tage, im Klub machte man bereits
Wetten für und gegen.

„Bei Gott, lieber Graf, ich wette eine Million gegen ein
Butterbrot — sie nimmt ihn nicht,“ renommierte dort eines
Abends in einer Weinkaune der Baron von Runkelstein, und
Graf Waldow erwiderte ihm lachend:

„Und ich wette fünfzig Karolin, drei gegen eins, daß Du
Dich irrst, lieber Freund, denn ich will nicht Deinen Ruin. —
Du hast ganz Recht — und ich bin total Deiner Meinung, was
die Sennorita anbetrifft, aber hier ist irgend etwas im Hinter-
grunde — ein mir unbekannter Motor, den Du außer Betracht
läßt. Was oder wer er ist, ist mir noch nicht gelungen zu er-
raten, aber da ist er.“

„Wer das ist? . . . Nun wer anders als die alte Prinzess,“
riefen einige der Umstehenden ohne Zaudern.

„Möglich, meine Herren, aber nicht erwiesen . . . Nun, Ba-
ron, — nimmst Du die Wette an?“

„Nun — Du hast ja genug verdient dieses Jahr an Deinen
Fergwerken und Geschichten, da will ich denn nicht blöde sein.
Eingeschlagen, und wenn sie ihn nimmt, dann könnt ihr mich . . .“

„Nichts da . . . keine so schrecklichen Schwüre, Runkelstein!“
„Na gut . . . aber . . .“

Das Uebrige ersichtete er in einem tiefen Trunke.

(Fortsetzung folgt.)

Stadtgemeinde Calw.
Durch Beschluß des Gemeinderats vom 15. ds. wurde der
Milchverkaufspreis
am 16. Juni auf Mk. 7.40 pro Liter
festgesetzt.
Calw, den 15. Juni 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.
Auf die am Rathaus angeschlagenen Bestimmungen
betreffend:
**Verbot der Herstellung von Branntwein
aus Obst (besonders aus Kirschen)**
wird hiermit hingewiesen.
Calw, den 14. Juni 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.
Auf die in Nr. 19 und 20 des „Wochenblatts für
Landwirtschaft“ erschienene Belehrung über die
**Kopfarankheit und die ansteckende Blut-
armut der Pferde**
wird hiermit hingewiesen.
Pferdebesitzer, die dieses Blatt nicht hatten, können von
der Belehrung auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 13 Einsicht
nehmen.
Calw, den 14. Juni 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Oberamtsparkasse Calw.
Wegen **Hauptreinigung**
bleibt unsere Kasse am
Montag und Dienstag, den 19. und 20. Juni
je den ganzen Tag
geschlossen.

Calw, den 16. Juni 1922.

Todes-Anzeige.



Unser lieber, treubeforgter Vater und
Großvater
Friedrich Rummelin
Lehrer a. D.
ist nach schwerem Leiden kurz vor seinem
90. Geburtstag sanft entschlafen.
In tiefer Trauer:
Familie Rummelin und Fischer.
Die Einäscherung findet in der Stille statt.
Wir bitten Kranzspenden und Beileidsbesuche
unterlassen zu wollen.

Calw, den 15. Juni 1922.

Todes-Anzeige.



Tiefbetäubt teilen wir Verwandten und
Bekanntem die schmerzliche Nachricht mit, daß
mein lieber Mann, unser guter treubeforgter
Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder,
Schwager und Onkel
Gottlieb Luz
heute Mittag 12 Uhr unerwartet sanft von
seinem Leiden erlöst wurde.
Die trauernde Gattin: **Matia Luz**,
mit ihren Kindern.
Beerdigung findet Sonntag Mittag 1/2 3 Uhr
vom Bezirkskrankenhaus aus statt.

Bin verreist
vom Samstag
bis einschließl.
Montag
Dentist Luibrand.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Bezirks-Wirtsverein Calw.

Infolge allgemeinem Reichsbierausschlag sowie
die Steigerung aller Betriebskosten zwingen uns
ab heute folgende Preise festzusetzen:

Offenes Bier:
0,3 Ltr. Lagerbier M 3.50, Spezialbier 0,3 Ltr. M 4.50
0,35 " " " 4.20, " " 0,35 " " 5.20
0,40 " " " 4.50, " " 0,40 " " 6.—
Lagerbier in Flaschen Spezialbier in Flaschen
0,5 Ltr.-Flasche M 6.—, 0,5 Ltr.-Flasche M 7.50
0,6 " " 7.—, 0,6 " " 9.—
0,7 " " 8.—, 0,7 " " 10.—
Most per Liter M 10.—
Wein Mindestpreis M 14.— 1/4 Liter.
Mittagessen M 30.— im Abonnement.
Der Ausschuß.

Herzliche Einladung
zum
**Missions- und
Gemeinschaftsfest**
am Sonntag, den 18. Juni,
mittags 2 Uhr
im Walde an der Straße
Breitenberg—Oberkollwanger.

Redner:
Missions-Inspektor Pfarrer Körper,
Missionar Dönges vom Missionshaus
Liebenzell und andere.
Die Gemeinschaft der Südd. Vereinigung
Breitenberg—Oberkollwangen.

**Bezirks-Handels- und
Gewerbe-Verein Calw.**
Am Montag, den 19. Juni
Besuch der Ausstellung
„Sli“ in Stuttgart.

Abfahrt morgens 7 Uhr. Nachmittags Spaziergang nach
Kojenstein und Wilhelm. Programm für den ganzen
Tag zu haben beim Unterzeichnen, woselbst auch An-
meldungen für Mittagessen gemacht werden wollen.
Für Mitglieder Eintritt frei, für Nichtmitglieder die
Hälfte des Eintritts.
Der Vorstand: H. d. E. g.
Nichtmitglieder werden zum Anschluß eingeladen.

Einige Zentner Kartoffeln
hat noch abzugeben
Landwirtsch. Bezirksverein Calw
Geschäftsstelle.

**Sehe 4 Stück schöne
Zuchtfarren**
im Alter von 3/4 bis 5/4 Jahren,
sowie ein 14 Monate altes sehr schönes
Fohlen
dem Verkauf aus.
Adolf Eble,
zur „Linde“
Telefon 24. Weiberstadt

Einem neuen
Leiterwagen
verkauft
Chr. Stürner.
Neuhengstett.
**Glück-
Henne**
mit 9 Jungen
verkauft
Ludwig Nyasse.

Mais,
Maismehl,
Weizenfuttermehl,
Weizenkleie,
Melassefutter,
Futterkalk
empfehl billigst
Otto Sung.
Zu verkaufen
1 Paar Knabenstiefel
2 Paar Sandalen
Bischhoffstr. 453, 1 Et

Sozialdem. Verein.
Morgen Samstagabend
1/2 9 Uhr bei Bäcker Kirch-
herr, Vorstadt
Mitglieder-Verammlung
Bollzähl. Erscheinen erwartet
der Vorstand.

Leigwaren
stets frisch in bekannt
guter Qualität
empfiehlt
Hermann Schnürle
Bäckerei und
Leigwarengeschäft.

**Restaurant
„Rebstöckle“
Stuttgart,
Karlsruhe 15**
Bekannt gute Küche,
reine Weine.
Stuttgart, u. Münchner
Biere.
Es empfehlen sich
Hugo Stotz, u. Frau
Klara, geb. Wochele.



aus edelsten Stoffen her-
gestellt, gibt mit wenig
Bürstenstrichen
hochfeinen Glanz!
Überall zu haben!

Zur Stockholzgewinnung
empfehl
**Sprengstoffe u.
-Rapsen,
Zündschnüre**
Gerhard Paulus,
Bad Liebenzell,
Fernsprecher 15.

**Monatsstelle.
Mädchen**
für täglich zu Hausarbeiten
geeignet.
Frau Ing. Preußger,
Bischhoffstr. 453.

In gutes Haus zu kleiner
Familie wird bei gutem Lohn
williges fleißiges und braves
Mädchen
nicht unter 16 Jahren zum
1. August gesucht.
Frau Ranz, Stuttgart.
Wannenstraße 70. II.

Ein ordentliches
**Dienst-
Mädchen**
für Haushaltung
kann sofort eintreten bei
Frau Güterbeförderer
Bauer, Bahnhofstr.

Einige ältere, kräftige
Arbeiter
bei gutem Lohn gesucht.
Liebenzeller Filzfabrik.

Spekhardt.
Ein jüngerer
Knecht
für Landwirtschaft,
kann sofort eintreten bei
Ulrich Volke, Bauer.

Calw.
Zur Feier unserer
Nach-Hochzeit
laden wir Freunde und Bekannte auf
Samstag u. Sonntag in das Gasth. z. „Rebstock“
freundlichst ein.
Willi Ziegler,
Sohn des Drehermeister Ziegler.
Anna Ziegler,
Tochter des Drehermeister Schnauer.

Luftkurort Hirsau
Sonntag, den 18. Juni 1922
nachmittags von 4 bis 6 Uhr
**Eröffnungs-
Konzert**
in den Kuranlagen, ausgeführt von
der Calwer Stadtkapelle.
Eintrittspreis: 4 Mk.,
Kinder unter 14 Jahren die Hälfte.
Der Einfachheit halber können für die ganze
Dauer der Kurzeit Abonnementskarten gelöst werden.
Die Preise hiefür betragen:
für Familienkarten (einschl. der Kinder unter 14
Jahren) 60 Mk.
für Einzelkarten 50 Mk.
Die Abonnementskarten können in Calw in
den Buchhandlungen Hüßler und Olpp und in
Hirsau beim Schultheißenamt bezogen werden.
Zur Lösung von Abonnementskarten, sowie zum
Besuch unserer Kurkonzerte ladet freundlichst ein
Hirsau, den 15. Juni 1922.
Die Kurverwaltung.

Bad Liebenzell.
Stadtgarten-Konzert
am Sonntag, 18. Juni nachm. 4 Uhr
ausgeführt von der
Feuerwehr-Kapelle Pforzheim.
Einlasskarten 4 Mark
Schulpflichtige Kinder die Hälfte.
Stadt. Kurverwaltung.

Würzbach.
Einladung zur
Banner-Weihe.
Der Radfahrerverein „Edelweiß“
hält am Sonntag, 18. Juni
seine
Banner-Weihe
verbunden mit
**Preiskorso, Reigenfahren
und Straßenrennen.**
Hierzu werden Freunde und Gönner, sowie Sports-
kollegen herzlich eingeladen.
Der Festausschuß.

Festprogramm:
Sonntag, den 18. Juni
Morgens 6 Uhr: Beginn d. Rennens, Hauptfahren,
anschl. Neulingsfahren, auf der
Straße Würzbach—Altburg.
11—12 Uhr: Konzert.
Nachm. 1/2 1 Uhr: Beginn d. Aufstellung d. Festzugs
Nachm. 1/2 2 Uhr: Festzug durch d. Straßen d. Orts.
Nachm. 3 Uhr: Reigenfahren.
Abends 6 Uhr: Preisverteilung.
Abends 8 Uhr: Tanzunterhaltung im Gasthaus
zum „Hirsch“.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

Nr. 1
Erst-
Reklame
Nachdem
von den
ist, wird
len f
Aus die
Reichs-
dem sie
Berwa
Gültig
In einer
Vertreter
digle
anerken
Von der
nig. Gef
gelegent
begaben,
Die Aus
urteilt.
Vor
Berlin,
ist ein Ver
Oberstleut
nung gef
mission. E
nimmt die
Ende und
gerungsge
dem Abmar
Polizei Ob
und den S
zunächst un
dienst an
Bekanntg
verkehr nac
ebenfo ber
rungskomm
rungsgetwa
ist. — Gef
Abkommen
Reichs- un
sowie auf
wird in 2
mungsst.
Berlin,
schen der
rungs- un
tag abend
Abend die
ferenz fest
Regierung
nach dem
festen Pl
diesem La
zum Reich
Teiles vo
Deutsche
Berlin,
tretenden
Reichsregie
die Oberst
wenigen in
der Abstim
Vaterland
teilbar sei.
mühungen
zeugen, da
sondern au
forderten,
Zeiten gäl
Oberstleut
gen der M
thnen und